

13.09.2018

**Soner Tauscher, stellvertretender Direktor  
Forschungszentrum für Diaspora  
an der Universität Sakarya, Türkei  
Working Session 6: Tolerance and non-discrimination I**

## **Bericht des Forschungszentrums für Diaspora an der Universität Sakarya über die Verletzungen von Menschenrechten in Deutschland**

Das Forschungszentrum für Diaspora an der Universität Sakarya (DIAM) wurde gegründet um wissenschaftliche Untersuchungen zu Problemen, die Einwanderer aus der Türkei in den niedergelassenen Ländern haben, vorzunehmen. DIAM versucht neue politische, rechtliche und soziale Lösungswege zu den Problemen der Einwanderer zu finden. In diesem Rahmen hat DIAM mehrere Berichte über die Rechtsverletzungen gegenüber den Einwanderern in der Bundesrepublik Deutschland vorbereitet und kategorisiert. Aus diesem Katalog werden hier nur die als am wichtigsten und von der Mehrzahl der Einwanderer erlebten politischen sowie sozialen Rechtsverletzungen thematisiert.

### **Die Unterbindung von institutioneller und struktureller Diskriminierung der Einwanderer und des Rechtsradikalismus**

#### *Sicherheitskräfte:*

Aus diversen Berichten des Deutschen Instituts für Menschenrechte, von Amnesty International und von Aussagen der Betroffenen ist „Racial Profiling“ immer noch ein sehr ernstes Problem der Polizeivollzugsbeamten. Eine Fortbildung der Beamten über die verdachtsunabhängige Kontrolle müsste neu konzipiert und ein Verstoß gegen diese Regelung soll mit Sanktionen geahndet werden.

Die Bedeutung und die Einhaltung des Artikels 3 Absatz 3 des Grundgesetzes: "Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat, seiner Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden." ist vor allem für die Polizei, aber auch für das Militär von großer Bedeutung. Der im Jahr 2017 an die Öffentlichkeit gelangte Fall „Franco A.“ und die damit verbundenen Ermittlungen bei der Bundeswehr zeigen, dass der Rechtsradikalismus im Militär einen kritischen Zustand erreicht hat. Auch bei den Polizeivollzugsbeamten, wie das Verhalten mancher Beamten bei einer sogenannten „Anti-Merkel-Demo“ in Dresden oder bei den Chemnitzer Demonstrationen zeigten deutlich, dass die Unterstützung bzw. Indulgenz

gegenüber der rechten Szene nicht zu übersehen ist. Deshalb soll im gesamten Polizeiapparat in Deutschland und in der Bundeswehr eine Überprüfung der Mitarbeiter nach einer Unterwanderung durch Rechtsextremismus stattfinden. Die Personen, die mit rechtsextremen Ideologien in Verbindung stehen, sollten entlassen werden und kein öffentliches Amt mehr bekleiden dürfen.

#### *Bildung:*

Das Empfehlungssystem nach der Grundschule ist für die Kinder mit Migrationshintergrund immer noch ein Hindernis zur höheren Bildung zu gelangen. Zu oft erhalten Migrantenkinder die Empfehlung für Schulen, die unter ihren Leistungsmöglichkeiten liegen. Es muss sich allerdings nicht in jedem Fall um eine konkrete Diskriminierung handeln. Allzu oft spielt bei den durch Lehrerinnen und Lehrern ausgesprochenen Empfehlungen gesellschaftliche Vorurteile und Stereotypen eine wichtige Rolle. Um eine institutionelle Diskriminierung der Kinder zu vermeiden, wäre es daher durchaus sinnvoll an den Schulen mit hohem Migrantenanteil eine Mindestbeschäftigungszahl für Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund festzusetzen. Da diese für die Kinder nicht nur eine Vorbildfunktion haben, sondern auch die Schwierigkeiten, mit denen diese Kinder konfrontiert werden, besser nachvollziehen können. Für die anderen Schulen, die einen geringen Migrantenanteil haben, könnte eine Empfehlungsquote für leistungsstärkere Schularten festgelegt werden, die unter den Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund verteilt wird. Diesbezüglich ist es unseres Erachtens besonders wichtig, eine groß angelegte Studie zum Thema „Auswirkungen des Empfehlungssystems in Deutschland auf Migrantenkinder“ zu starten, um zu sehen, in welchen Bundesländern, wie viele Schüler mit Migrationshintergrund wegen des Empfehlungssystems benachteiligt wurden.

#### *Arbeitsmarkt:*

Es ist mittlerweile durch verschiedene Studien allgemein bekannt, dass bei der Arbeitssuche das Aussehen, die Herkunft und sogar die Namen für eine Absage durch den Arbeitgeber ausreichend sind. Nach einer erfolgreichen Arbeitssuche wird die Diskriminierung fortgesetzt. Vor allem, wenn es um die Vergütung und Beförderung für die gleiche Arbeit bzw. Arbeitsleistung geht. Um Diskriminierung vorzubeugen, wäre eine Vorgabe einer Mindestbeschäftigungszahl für Einwanderer für staatliche Unternehmen möglich und für die freie Wirtschaft könnte ein Förderungsprogramm erstellt werden, so dass die Einstellung der Einwanderer in höheren Firmenpositionen attraktiver wird.

## **Gewährung von politischen Rechten**

### *Das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft:*

Mit der Regulierung vom Jahre 2000 wurde das Recht auf die doppelte Bürgerschaft abgeschafft und eine sogenannte Optionspflicht eingeführt. Die gegen türkische Einwanderer beschlossene Regulierung wurde mit der Großen Koalition von 2013 neu formuliert. So wurden die in Deutschland geborenen oder eine Bildung erhaltenen Einwanderer von der Optionspflicht befreit. Aber die Anzahl der von dieser Regelung Profitierenden ist gemäß der Gesamtanzahl der türkischen Einwanderer sehr gering. Dagegen können Einwanderer aus den Staaten, die keine Entlassung aus der Staatsbürgerschaft vorsehen und EU-Bürger sowieso, ihre alte Staatsbürgerschaft beibehalten. Aber die erste und die zweite Generation der türkischen Einwanderer sind gezwungen, ihre alte Staatsbürgerschaft abzugeben, wenn sie die deutsche annehmen möchten. Diese Regulierung ist erstens ein Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip und zweitens soll die doppelte Staatsbürgerschaft ein Verdienst aller türkischen Einwanderer sein, deren Arbeit beim Aufbau Deutschlands eine enorme Rolle gespielt hat.

### *Wahlberechtigung bei den Kommunalwahlen:*

Die deutsche Verfassung erlaubt nur deutschen und EU-Bürgern bei den Gemeinden und Kommunalwahlen aktive Wähler zu sein. Dagegen dürfen in vielen EU-Ländern auch Drittstaatler unter manchen Voraussetzungen an Kommunalwahlen teilnehmen. Wenn Einwanderer in Großstädten wie in Frankfurt (Anteil von %15,39), Berlin (%10,23), München (11,84), Stuttgart (%13,44) durch eine Gesetzesänderung wahlberechtigt werden würden, wäre das ein großer Schritt in Richtung Gleichberechtigung. Eine Einschränkung des Wahlrechts für Menschen, die über Jahrzehnte ihren festen Wohnsitz in Deutschland haben, arbeiten und Steuer zahlen, ist nicht mehr mit einem zeitgemäßen liberalen Demokratieverständnisse vereinbar.

### *Das Recht auf Familiennachzug ohne Sprachnachweis:*

Seit 2007 verlangt das Auswärtige Amt immer noch, obwohl der Europäische Gerichtshof den Sprachtest als einen Verstoß gegen das Unionrecht erklärte, von Ehepartner/innen, die Staatsangehörige der Türkei sind, für eine Familienzusammenführung einen Nachweis über die deutsche Sprache. Der von der Regierung als „Integrationsmaßnahme“ eingeführte Sprachtest wird von Staatsangehörigen Australiens, Brasiliens, El Salvadors, Israels, Japans, Kanadas, Neuseelands, Südkoreas und den Vereinigten Staaten von Amerika nicht verlangt

und sie können die erforderliche Aufenthaltsgenehmigung auch nach der Einreise einholen. Aber alle anderen Staatsangehörigen mit „hohem Integrationsbedarf“ müssen vorab ein Visum beantragen. Diese Maßnahme und damit verbundenen Kosten für den Sprachtest ist, immerhin kostet ein Test über 50 € und jeder Dritte wiederholt den Test, ein Verstoß gegen das allgemeine internationale Recht auf Familienzusammenführung und den Beschluss des Europäischen Gerichtshofes. Um die Diskriminierung und Erniedrigung der Staatsangehörigen der Türkei und vieler anderen Länder zu beseitigen, muss der Sprachtest unverzüglich abgeschafft werden.

### **Das Recht auf Zugang zu Information**

#### *Erreichbarkeit wichtiger Daten:*

Deutsche öffentliche Einrichtungen und das Statistische Bundesamt veröffentlichen zahlreiche jährliche oder periodische statistische Daten auch über in Deutschland lebende Türken. Neben der Vielfalt dieser Daten werden manche Statistiken wie z.B. die Anzahl der türkischstämmigen und moslemischen Kinder in Obhut des Jugendamtes, die Anzahl der türkischen Staatsangehörigen in den Strafvollzugsanstalten sowie deren Lebensbedingungen nur sehr geringfügig in der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Auch von der Türkei heraus an diese Informationen zu gelangen, ist sehr schwierig. Es wäre eine große Erleichterung für Untersuchungen im Bereich Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen, wenn es Anlaufstellen gäbe, die diese Information – auch für die ausländische Behörden und Initiativen – bereithalten würden.

#### *Transparenz der Flüchtlingsunterkünfte:*

Es ist sehr schwierig unabhängige und objektive Informationen über die Zahl, Situation und Lebensbedingungen der Flüchtlinge zu bekommen. Auch ein Eintrittsversuch in diese Heime oder die Durchführung von Interviews mit den Flüchtlingen wird meistens von deutschen Behörden abgelehnt oder findet, wenn überhaupt, nur unter sehr überwachten und kontrollierten Bedingungen statt. Mehr Transparenz im Bereich Daten, aber auch in den Flüchtlingsunterkünften würde zu einer enormen Verbesserung der Situation, den Lebensbedingungen und der Integration der Flüchtlinge beitragen.

#### *Die Erfassung Islamfeindlichkeit als politisch motivierter Straftaten:*

Seit Januar 2017 werden die islamfeindliche und christenfeindliche - neben antisemitischen - Straftaten separat als politisch motivierte Straftaten erfasst. Obwohl das Bundesinnenministerium sich auf einen 12,9% Rückgang rechtsmotivierter Kriminalität im

Bereich politisch motivierter Straftaten freute, wurden 994 (davon 52 Gewalttaten) von 1.035 islamfeindlichen Straftaten von Angehörigen der rechten Ideologie begangen. Auch in den Statistiken vom Jahre 2016 ist zu lesen, dass über 1.000 Straftaten mit islamfeindlichen Hintergründen durchgeführt wurden. Anhand dieser Informationen erkennt man, dass es an der Zeit ist, dringende polizeiliche Maßnahmen und Strategien zu etablieren, um öffentliche Einrichtungen der Moslime und auch die Moslime selbst zu schützen.

Universität Sakarya  
Forschungszentrum für Diaspora  
Esentepe Campus 54050, Sakarya, Türkei